

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugspändern und in allen Klößen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugpreis monatlich, drei Haus 2,50 M. (halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-N. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 9. August 1928 Nummer 185

Stefan Raditsch tot

Die Vertragsmächte lehnen Tschitscherins Angebot auf Verhandlungen zu dem Kelloggspakt ab — Deutschland in der Front der Imperialisten gegen die Sowjetunion — Die chinesischen Arbeitermörder auf der Brüsseler Konferenz

Die Kelloggfront entlarvt

Das Interview, das der Außenkommissar der Sowjetunion, Genosse Tschitschew, den Pressevertretern über den Kelloggspakt gab, hat in den imperialistischen Ländern, insbesondere aber in Amerika, große Verwirrung hervorgerufen. Zwar tun die europäischen Regierungen so, als wäre ihnen das Verlangen der Sowjetunion, an der Verabschiedung des Kelloggspaktes eventuell mitzuwirken, nicht unangenehm. Sie fürchten jedoch, genau so wie sich das am heftigsten sträubende Amerika, daß ihnen die Sowjetunion, wie auf der Abrüstungskonferenz in Genf, die Masken vom Gesicht reißen und ihre imperialistisch-kriegertische Frage schonungslos enthüllen könnte. Nach einer Associated-Press-Meldung aus Washington:

„haben die aus Moskau kommenden Erklärungen von Beamten der Sowjetregierung, welche andeuten, daß die russischen Behörden bezüglich des Kelloggspaktes eine abwartende Haltung einnehmen sollen, durchaus verfehlt, das besondere Interesse des Staatsdepartement zu erwecken.“ (III)

Der Inhalt der weiteren Meldung ist schief ablesend und sagt, daß nach Unterzeichnung des Vertrages in Paris durch die ursprünglichen 15 Signatarmächte der Vertrag zum allgemeinen Beitritt freigegeben wird und die Moskauer Regierung ja dann unterzeichnen könne. (!) Es heißt dann weiter:

„Die amtlichen Kreise Washingtons... haben keine Kenntnis von irgend welchen Schwierigkeiten, die sich für die europäischen Unterzeichner des Vertrages ergeben könnten, falls Rußland es unterließe, die Gelegenheit zu einem späteren Beitritt wahrzunehmen. Was immer auch Rußlands diesbezügliche Haltung sein werde, so könne sie den Status der russisch-amerikanischen Beziehungen nicht beeinflussen.“ (II)

Diese Auslassungen in der Sprache der üblichen heuchlerischen zweideutigen Diplomatie läßt erkennen, daß die Washingtoner Regierung die Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Kelloggspakt strikt ablehnt. Selbst der spätere Beitritt der Sowjetregierung zum Pakt wird für „unwichtig“ gehalten. Es wird der Sowjetregierung jedoch weiter „anheimgegeben“, von den imperialistischen Großmächten unterzeichneten Pakt in seiner unveränderten Form beizutreten. Mit dieser Erklärung der Sowjetregierung wird der sowjetfeindliche Charakter des Kelloggspaktes offenkundig unterstrichen. Kein Mensch wird der Räte-macht zumuten können, nachträglich einen Vertrag zu unterzeichnen, bei deren Fertigstellung sie planmäßig ausgeschlossen wurde und der nur, natürlicherweise, die imperialistischen Interessen der Großmächte berücksichtigt. Die Antwort, die aus Washington auf Tschitscherins Angebot erfolgt, offenbart die Heuchelei der Unterzeichner des Kriegsverzichtspaktes immer deutlicher. Die deutsche Regierung bemüht sich selbstverständlich, den Wünschen der Imperialisten nachzukommen. Eine kleine Meldung des Dresdner Anzeigers von heute morgen bestätigt das. Einem Drahtbericht des Berliner Tageblattes zufolge hat das deutsche Auswärtige Amt keine Demarche für die Beteiligung Rußlands unternommen und wird auch in dieser Richtung keinerlei Schritte zugunsten der Bereitschaftserklärung der Sowjetunion, am Vertrag mitzuwirken, unternommen. Diese Haltung der Müller-Regierung ist, wie der Anzeiger weiter schreibt, in Washington mit Erleichterung zur Kenntnis genommen worden, zumal jetzt in Amerika kurz vor den Präsidentenwahlen die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung schwieriger denn je geworden ist. Ganz im Stile der imperialistischen Presse erklärt gestern die Dresdner Volkszeitung die Erklärung des Genossen Tschitschew als einen „außenpolitischen Schachzug der Moskauer“. Die Volkszeitung versucht, die bewußte und planmäßige Ausschaltung der Sowjetunion als die Schuld der Sowjetregierung hinzustellen. Es wäre jetzt unmöglich, die Verhandlungen mit der Sowjetunion und den Vertragsmächten noch einmal zu eröffnen. Die Volkszeitung schreibt weiter: „Moskau hat die ganzen Monate über geschwiegen und seine Presse sich ironisch über den Kriegsverzichtspakt der Demokratien geäußert. Es war deutlich genug, daß es sich nicht beteiligen wollte. Es handelt sich für die Nachhaber in Rußland jetzt nur noch darum, die Schuld für die Nichtbeteiligung auf die anderen abzuladen. Der Zweck der Erklärung Tschitscherins ist... die demokratischen Mächte an den Kranger zu halten.“ Und genau so, wie die imperialistische Washingtoner Regierung erklären die linken Sozialdemokraten, daß der Sowjetregierung der Beitritt später offenstehe.

Die Haltung der Dresdner Volkszeitung, sowohl als auch des Vorwärts entspricht der Rolle der Koalitionspolitik der SPD-Führer und ihrer außenpolitischen Orientierung in der Antisowjetfront der Imperialisten. Die Haltung der kapitalistischen Regierungen und ihrer sozialdemokratischen Katalanen beweist, wie recht Genosse Tschitschew und die Moskauer Jeweßija hatten, wenn sie sagten, daß der Kelloggspakt nur ein *Manöver* ist,

mit dem in den Augen der Arbeiter der Schein erweckt werden sollte, als ob die Mächte auf ihre kriegerischen Absichten verzichten wollten. Die Ablehnung des Vorschlags Tschitschewins durch die kapitalistischen Regierungen, die Rolle, die die SPD bei der Unterzeichnung der antisowjetischen Pläne der Imperialisten spielt, beweist, daß der Kelloggspakt in Wirklichkeit die Plattform der konterrevolutionären Solidarität der Imperialisten und ihrer sozialpatriotischen Katalanen gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Räte-macht, gegen den ersten Arbeiterstaat ist.

Raditsch gestorben

TU Agram, 8. August. Stefan Raditsch ist am Mittwoch den 8. August 20,55 Uhr gestorben.

Das politische Attentat in der Skupstina hat jetzt ihr drittes Todesopfer gefordert. Die lange Krankheit nach der Bemerkung Stefan Raditschs hat die Spannungen in Jugoslawien nur noch verschärft. Zur Zeit herrscht, wie aus Agram gemeldet wird, noch Ruhe. Der Tod Stefan Raditschs wird jedoch die kroatische Arbeiter- und Bauernschaft aufs höchste aufpeitschen. Die Auseinandersetzungen zwischen der kroatischen und serbischen Bourgeoisie und die Lage in Jugoslawien sind äußerst zugepißt und werden bei den mit Sicherheit zu erwartenden großen Kämpfen der Arbeiter- und Bauernmassen in Jugoslawien



den Ausschlag geben. Die opportunistischen Führer der kroatischen Bauernpartei haben die nationalen und sozial unterdrückten Massen von entsprechendem Aktionen noch zurückgehalten. Ob ihnen das auch in dieser Atmosphäre der augenblicklich spontanen Bewegung noch gelingt, ist im höchsten Maße fraglich. Die Blättermeldungen zum Tode Raditschs lassen erkennen, daß man der weiteren Entwicklung in Jugoslawien mit größter Bejornnis entgegen sieht.

Der Brüsseler Skandal

Die Rebellion der kolonialen Gäste — Die Kampfanfrage der 2. Internationale an die unterdrückten Völker

Das Protestschreiben der Vertreter Indiens, Japans, Ceylons und Trinidads an die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, das die Entschließung der Kolonialkommission der 2. Internationale mit Empörung ablehnt, beleuchtet den tiefen Gegensatz zwischen der Kolonialpolitik der 2. Internationale und den Forderungen der Millionen unterdrückter Arbeiter und Bauern in allen vom Imperialismus beherrschten Weltteilen. Die sozialdemokratische Presse, natürlich auch die Dresdner Volkszeitung mit all ihren Ablegern, die gestern den Bericht des SPD-Presse-dienstes über den Brüsseler Kongreß mit der heuchlerischen Ueberschrift: „Der Tag der Unterdrückten“ versieht, unterschlägt ihren Lesern und Parteigenossen das Protestschreiben der wenigen Vertreter der kolonialen Völkerschaften, die als Gäste auf der Brüsseler Tagung der 2. Internationale anwesend waren. Da die „linke“ SPD-Presse den Kolonialskandal der 2. Internationale einfach toischweigt und damit den Charakter der Imperialistenpolitik der Sozialdemokratie unterstricht, ist es umso notwendiger diese wichtige Frage etwas eingehender zu beleuchten, auch wenn sich das Lügenblatt vom Wettinerplatz noch so sehr in Schweigen hüllt.

Vandervelde
Königlicher Minister a. D.



Nicht nur die in den Kolonien lebenden wertvollen Massen, sondern das Proletariat der ganzen Welt haben das größte Interesse daran, die Vorgänge, die sich auf dem Brüsseler sozialdemokratischen Kongreß abspielten, genau zu verfolgen. Denn die Kolonialfrage ist keine Spezialfrage, sondern ein entscheidender wichtiger Faktor, der bei der Austragung der weltpolitischen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit überhaupt die größte Rolle spielt. Deshalb gilt es, den Inhalt der Kolonialresolution, die dem Brüsseler Kongreß vorliegt, noch einmal ins Gedächtnis aller Arbeiter zu rufen.

Ein führendes Mitglied der Internationale der Sozialpatrioten

Die Kolonialkommission der 2. Internationale legte dem Kongreß eine Resolution vor, die nach dem Muster des Völkerbundes eine Gliederung der kolonialen Welt in zwei Gruppen vornimmt. Die eine ist diejenige, die den Imperialismus zur „kulturellen Entwicklung“ der Völker nicht mehr nötig hat. Diese Gruppe kann die volle Unabhängigkeit fordern. Die zweite Gruppe umfaßt jene Länder, die auf einer niedrigeren Kultur- und Wirtschaftsstufe sich befinden. Diese Gruppe gerät selbst in Kolonialgebiete, wie Indien und Java, und eine Untergruppe bzw. eine dritte Gruppe, zu der die afrikanischen Kolonialgebiete gerechnet werden.

Diese schmachvolle Gliederung verfolgt keinen anderen Zweck, als die Unterdrückung der Kolonialvölker durch die imperialistischen Mächte zu rechtfertigen und zu verewigen. In der Begründung für die Notwendigkeit der Fortdauer der imperialistischen Unterdrückung heißt es wörtlich:

„In diesen Gebieten beruhen die modernen Produktions- und Transportmethoden noch ausschließlich auf der fremden Herrschaft. Die sofortige Beseitigung der Fremdherrschaft würde hier daher noch nicht den Fortschritt zu einer nationalen Kultur, sondern noch den Rückfall in primitive Barbarei, noch nicht die Entwicklung einer nationalen Demokratie, sondern die Unterwerfung der Volksmassen unter die Herrschaft entweder einer Minderheit von weißen Ansehlichen oder heimischer Despoten und Feudalherren bedeuten.“

Diese Völker soll also der Imperialismus vor der Despotie schützen! Der Imperialismus soll ihre wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung gewährleisten! Nach der Stuttgarter Kongreß kennzeichnete die Kolonialpolitik des Kapitalismus als eine Politik des Raubes und der Eroberung, einer schamlosen Ausbeutung und Knechtung der unterdrückten Völker zugunsten einer verschwindenden Minderheit. Davon weiß die Kolonialkommission des Brüsseler Kongresses nichts mehr. Mit einem Zynismus, der nicht zu überbieten ist, verschweigen die reformistischen Führer die Tatsache, daß die Herrschaft des Kapitalismus statt eine wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Kolonialvölker zu sichern, zum wirtschaftlichen Ruin, zum